

# RESIST! Kürzungen bekämpfen

In der Sitzung des Akademischen Senats, dem höchsten beschlussfassenden Gremium der Universität, sollen drastische Kürzungen beschlossen werden. Am Mittwoch, den 17. Dezember 2014, soll neben der Schließung von Studiengängen und Instituten auch eine Erhöhung unserer Studiengebühren, der sogenannten Verwaltungsgebühren, um fast das Doppelte besiegelt werden. Diese, von der AS-Haushaltskommission ausgearbeiteten und vorgeschlagenen, Maßnahmen sind keinesfalls hinnehmbar. Schließlich steht fest: Unter diesen Kürzungen haben, zum wiederholten Male, in erster Linie wir Studierende zu leiden.

Im Rahmen des Wissenschaftsplans 2020 wurde die Universität durch den Bremischen Senat aufgefordert, ihre jährlichen Ausgaben um mindesten 8 Millionen Euro zu senken. Dem Folge leistend, hat die Haushaltskommission der Universität einen konkreten Kürzungsplan erarbeitet, welcher dem Akademischen Senat in der Sitzung am 17. Dezember vorgelegt wird.

Zwar wird in der ausgearbeiteten Beschlussvorlage von der lange diskutierten Streichung des Studiengangs Psychologie abgeraten, jedoch bescheinigt man dem Studiengang im selben Atemzug ein Sparpotential von ca. 2 Millionen Euro. Da der aktuelle Kürzungsplan die angestrebten Einsparungen um fast genau diesen Betrag verfehlt, dürfte eine Schließung damit noch lange nicht vom Tisch sein. Zudem stellte sich die auf der Infoveranstaltung des Rektorats am vergangenen Mittwoch, den 10. Dezember 2014, getätigte Aussage, der Bachelor Psychologie sei zu 95%iger Wahrscheinlichkeit gesichert, da zusätzliche Mittel von Seiten der Wissenschaftsbehörde zugesagt seien, als haltlos heraus. Dem Artikel „Psycho-Streit um Uni-Kürzungen“ in der taz.bremen vom 12. Dezember zufolge, dementiert die Sprecherin der senatorischen Behörde die Verlautbarung unseres Rektors Bernd Scholz-Reiter und wird mit den Worten zitiert: „Ich wusste nicht, was er meint.“ Es scheint, als habe das Rektorat diese vermeintliche „Erfolgsmeldung“ bewusst gestreut, um uns Studierende ruhig zu stellen, uns gar gegeneinander auszuspielen und damit die geplanten Kürzungen ohne unseren Widerstand durchsetzen zu können. Letztlich diskreditiert dieses Vorgehen die Glaubwürdigkeit des Rektorates und macht deutlich, dass für die Universität richtungsweisende Einschnitte über die Köpfe der Studierenden hinweg entschieden werden sollen.

Unabhängig vom endgültigen Schicksal der Psychologie, stehen andere Studiengänge weiterhin auf der Kippe. Denn der Beschlussvorlage zufolge stehen „wenig nachgefragte“ Studiengänge weiter zur Disposition – ohne dass jedoch in dieser schwammig formulierten Kürzungsmaßnahme die konkreten Parameter genannt würden, nach welchen ein Studiengang als viel bzw. wenig nachgefragt beurteilt werden soll. Demzufolge kann eine Schließung so gut wie jeden Studiengang treffen und insbesondere Masterstudiengänge könnten mit diesem Kriterium ins Visier geraten. Dies wäre besonders zynisch, da es nach wie vor nicht annähernd ausreichend Masterplätze für alle, die ein solches Studium anstreben, gibt. Doch egal ob Bachelor oder Master, Schließung oder Reduzierung: Fakt ist, es werden Studienplätze gestrichen! Dies schmälert nicht nur die Fächerwahl, sondern trägt ganz konkret zu einem noch höheren Leistungs- und Konkurrenzdruck unter uns Studierenden bei.

Ein besonderer Affront gegenüber der gesamten Bremischen Studierendenschaft, ist die im Kürzungsplan an den Senat gerichtete Forderung, die Verwaltungsgebühren von aktuell 50 Euro auf 90 Euro pro Semester zu erhöhen. Für weniger sollen wir also in Zukunft mehr bezahlen, und damit einen beträchtlichen Teil der angestrebten Einsparung alleine bestreiten! Abseits

der Absurdität der Existenz eines verpflichtenden Verwaltungsbeitrages – schließlich werden Schulsekretariate auch nicht von Schüler\*innen, sondern vom Schulträger finanziert – wird hier deutlich, dass erneut die Kosten des öffentlichen Bildungswesens auf uns Studierende umgelegt werden sollen. Dieses Vorgehen verschärft die soziale Selektion, und trifft in erster Linie diejenigen, welche bereits heute und großem finanziellen Druck stehen. Eine derartige Erhöhung der studentischen Ausgaben im Verbund mit anderen Lasten, wie dem stetig teurer werdenden Semesterticket oder den rasant ansteigenden Mietpreise in Bremen kann nur schwerlich durch für Studierende verfügbare Einnahmequellen kompensiert werden. So sind die BAFÖG-Erhöhungen vergleichsweise marginal und gleichen nicht einmal die Inflation der vergangenen Jahre aus.

So scheint es, dass nachdem in Folge des massiven bundesweiten studentischen Drucks die letzten Bastionen allgemeiner Studiengebühren gefallen sind, nun durch die Hintertür „Verwaltung“ eine schrittweise Wiedereinführung droht. Es ist zudem skandalös wie bezeichnend, dass, wiewohl ausschließlich wir Studierende von dieser Maßnahme betroffen sind, der Vorschlag, Studiengebühren zu erhöhen, von Seiten der Uni an die Politik gerichtet wird, ohne zumindest den AstA als formale studentische Vertretung um eine diesbezügliche Stellungnahme zu bitten. Dieses Vorgehen der Uni-Leitung zeigt erneut, dass wir Studierende an dieser Universität nicht ernst genommen und grundlegende Entscheidungen ohne unsere Mitsprache getroffen werden sollen.

Der Kürzungsvorschlag sieht nicht nur vor, Studierenden tiefer in die Taschen greifen zu lassen, sondern forciert einschneidende Kürzungen sowie Schließungen verschiedener Forschungseinrichtungen. Dies bedeutet auch hinsichtlich des Umfangs und der Qualität der angebotenen Lehre negative und teils noch nicht absehbare Konsequenzen. Auf Anfrage bei den entsprechenden Instituten wurde dem AstA etwa mitgeteilt, dass die vorgesehene Schließung des Zentrums für Europäische Rechtspolitik (ZERP) sowie die Zusammenkürzung des Zentrums für Umweltforschung und nachhaltige Technologien (UFT) mit spürbaren Folgen in der Lehre der Fachbereiche 6 (Jura) und 2 (Biologie und Chemie) einhergehen wird. Die Einsparungen der vermeintlichen „Doppelstrukturen“ in den Fachbereichen 5, 8 und 9 – also in den Geo-, Sozial- und Kulturwissenschaften – deuten darauf hin, dass die Debatten um Zusammenlegungen – und somit faktische Streichungen – von Bereichen wie etwa den Kunst- und Musikwissenschaften mit Studiengängen aus der Hochschule für Künste eine noch größere Dramatik erfahren. Die voraussichtlich drastischen Folgen der weiteren in der Beschlussvorlage angedachten Kürzungen innerhalb der Institute sind in der beiliegenden kommentierten Tabelle angeführt.

Des Weiteren wird die vorgesehene Streichung der Leitungsstelle des Hochschulsports eine deutliche Verschlechterung im Ablauf zur Folge haben. Hinsichtlich des Angebots von Sportprogrammen für Studierende – immerhin wird nahezu die Hälfte des aktuellen Budgets weggekürzt – kann nicht garantiert werden, dass dieses zur Gänze erhalten bleibt und nicht auch für Unimitglieder deutlich teurer wird. In jedem Fall droht der Hochschulsport insbesondere für „Externe“ deutlich kostspieliger beziehungsweise schwerer zugänglich zu werden.

Selbst bei den Organen der Studierendenschaft macht der angesetzte Rotstift nicht halt. Eine seit Beginn der Uni existierende Verwaltungsstelle im AstA wird vom Rektorat seit Sommer n wiederbesetzt und soll nun endgültig gestrichen werden. Dies Stelle ist unter anderem für einen kontinuierlichen Wissenstrar.

fer zwischen den AStA-Generationen sowie als Schnittstelle zwischen Stugen, AStA und Universität unerlässlich. Damit wird die studentische Vertretung ihrer Arbeitsgrundlage beraubt, was einen Angriff auf die demokratisch legitimierte studentische Interessenvertretung darstellt. Es soll ausgerechnet dort gekürzt werden, wo von studentischer Seite politische Aktivitäten sowie möglicher Protest und Widerstand gegenüber den, unsere Bedürfnisse oft außer Acht lassenden, Plänen der Uni-Leitung geplant und umgesetzt werden könnten.

Betrachtet man die angedachten Kürzungen in einem größeren gesellschafts- und bildungspolitischen Kontext, so reißen sich die aktuellen Pläne in eine seit den 70er Jahren fortlaufende Umstrukturierung des Bildungswesens ein, von welcher auch die Uni Bremen nicht verschont geblieben ist. Bereits der letzte Hochschulgesamtplan (HEP V) brachte tiefgreifende Einschnitte für die Bremer Hochschulen mit sich. Allein die Uni wurde um 25% eingestampft, wobei unter anderem hoch renommierte Studiengänge wie Behindertenpädagogik, Sportwissenschaften und Arbeitslehre komplett gestrichen und damit lange aufgebaute Strukturen nachhaltig zerstört wurden. Auch die Proteste des vergangenen Wintersemesters, in denen es um den Erhalt der Stellen im wissenschaftlichen Mittelbau und Verwaltungsbereich ging, standen im direkten Zusammenhang zum HEP V. Eine der vielen Folgen dieser kurzsichtigen Politik des Kaputtsparens ist das gegenwärtig deutlich spürbare Defizit an Inklusion in der Lehrer\*innenausbildung.

Zudem stellt sich die Frage, welche inhaltlichen Ziele, welches Bild einer Universität das Land Bremen – nicht zuletzt durch Ansetzen der budgetären Daumenschraube – derzeit umzusetzen versucht. Eine Antwort findet sich im Wissenschaftsplan 2020, in welchem an mehreren Stellen deutlich eine sogenannte „Profilschärfung“ der Bremischen Hochschulen gefordert wird. Konkret bedeutet dies, dass im Mittelpunkt der weiteren Entwicklung der Universität Erhalt und Stärkung fünf sogenannter Wissenschaftsschwerpunkte stehen und der Fokus auf Leuchtturm- und Exzellenzprojekte gelegt werden soll. Diese Politik verstärkt nicht nur massiv den Konkurrenzdruck zwischen Fachbereichen und Instituten innerhalb der Universität, sondern ist auch eine deutliche Absage an das Konzept einer (annähernden) Volluniversität, was insbesondere Auswirkungen auf Umfang und Diversität der angebotenen Studiengänge und –plätze haben wird. Gerade vor dem Hintergrund der im Raum stehenden Neuauflage der bundesweiten Exzellenzinitiative, nach deren Prinzip viel Geld in wenige (Forschungs-)Bereiche gesteckt und die Konkurrenz sowohl zwischen, als auch innerhalb der Hochschulen geschürt werden soll, erscheinen diese politischen Maßnahmen konsequent. Zugleich wird die Verantwortung für Bildung und Universität aufgrund sinkender öffentlicher Gelder vermehrt in die Hände wirtschaftlicher Unternehmen und privater Investor\*innen gelegt. Für die Hochschule hat das zur Folge, dass die Mittel, die in der öffentlichen Grundfinanzierung gestrichen werden, mittels sogenannter Drittmittel kompensiert werden müssen. Die Umsetzung von Forschungsvorhaben ist somit verstärkt dem Gusto von Wirtschaftsunternehmen unterworfen, wodurch die Möglichkeit zur unabhängigen, dem offenen Erkenntnisgewinn dienenden, Forschung zunehmend eingeschränkt wird. Dies steht dem Ideal einer freien, unabhängigen, vielfältigen und differenzierten Forschung entgegen und hat selbstverständlich auch Auswirkungen auf die Lehre. Passenderweise gehört die Uni Bremen schon jetzt zu den drittmittelstärksten Hochschulen in der BRD.

Wettbewerb, Konkurrenzdruck und Leistungszwang machen so auch vor der zunehmend unternehmerisch geführten Universität nicht Halt und prägen sie, wie auch viele andere gesellschaftliche Bereiche, immer stärker. Dies zeigen nicht zuletzt die erhobenen Daten der Psychologisch-Therapeutischen Beratungsstellen des Studentenwerkes in Bremen. Laut eigener Aussage

haben sich seit dem Jahr 2000 die jährlichen Beratungszahlen verdoppelt. Studierende ebenso wie viele wissenschaftlichen Mitarbeiter\*innen, deren Lage ähnlich prekär ist, stehen unter enormen Druck.

In diesem Kontext verwundert es schließlich nicht, dass die im aktuellen Wissenschaftsplan 2020 formulierten Kriterien zur Schließung eines Studiengangs nicht etwa hinsichtlich ihrer gesellschaftlichen Relevanz, sondern weitgehend mittels wirtschaftspolitischer Interessen begründet werden. So stehen internationale Sichtbarkeit, „exzellente“ Grundlagenforschung, sehr gute Transferleistungen und Kooperationsfähigkeit mit der Wirtschaft durch herausragende angewandte Forschung und eine angemessene Drittmittelleistung im Mittelpunkt. Die Uni übernimmt diese Vorgaben in ihrem Kürzungskonzept erschreckend unkritisch. Die auf Wirtschaft und Wettbewerb ausgerichteten Kriterien sowie die einer Volluniversität entgegenstehende „Profilierung“ wird in keiner Weise angezweifelt. Im Gegenteil, sie wird zusätzlich mit Sachzwangargumenten, wie dem Hinweis auf die prekäre Haushaltslage des Landes Bremen, legitimiert. So wird suggeriert, dass es abseits der Umsetzung der vorgesehenen Kürzungen keine weiteren Optionen gäbe, diese also alternativlos wären. Wir leben jedoch in einem der reichsten und wohlhabendsten Industrieländer dieser Welt und es ist in der Tat eine politische Frage, welchen Stellenwert Bildung in unserer Gesellschaft haben soll. Geld wäre, einen entsprechenden politischen Willen vorausgesetzt, jedenfalls ausreichend vorhanden. So werden zum Beispiel seit Jahren Unmengen an Millionen in eine unrentable Privatuniversität namens Jacobs University gesteckt. Zugleich erhöhte sich zuletzt der Landesetat durch die vollständige Übernahme der BAFöG-Zahlungen durch den Bund um etwa 12 Millionen Euro jährlich. Und erst in den letzten Tagen machte die Meldung der Strafzahlung des Rüstungsunternehmens von Rheinmetall Defence in Folge einer Schmiergeldaffäre an das Land Bremen in Höhe von 37 Millionen Euro die Runde. Würde Bremen diesen Betrag den Bremer Hochschulen zukommen lassen, wären nicht nur die drohenden Kürzungen obsolet, es würde auch die politisch hochgehaltene Zivilklausel endlich einmal ernst genommen werden.

Wir wollen mit der Verhinderung der Sitzung des Akademischen Senats am 17.12.2014 zeigen, dass es auch einen anderen Umgang mit den Kürzungsanforderungen des Landes geben kann. Uns geht es nicht darum, die „besseren“ Kürzungen umzusetzen, sondern darum, zu diskutieren, wie wir als Universität geschlossen für deren Ausfinanzierung streiten können. In dem wir die Beschlussfassung verhindern, erstreiten wir uns die nötige Zeit und den Raum, uns über die Konsequenzen der drohenden Kürzungen bewusst zu werden und zu überlegen, wie diese gemeinsam abgewendet werden können. Dazu gehört für uns nicht zuletzt die Frage, in welcher Universität wir studieren und in welcher Gesellschaft wir leben wollen.

Für uns ist dieser Kürzungsplan nicht hinnehmbar. Wir Studierende sollen in letzter Konsequenz mehr Geld für schlechtere Studienbedingungen zahlen. Das von der AS-Haushaltskommission vorgelegte Konzept bedroht Studienplätze, verschlechtert das Lehrangebot und versucht über die Erhöhung des Verwaltungsbeitrags, versteckt Studiengebühren zu manifestieren. Zudem sind wir empört, dass sich die Uni-Leitung der Aufforderung des Landes, sich selbst zu kürzen, derart widerstandslos fügt und die zu beschließenden Maßnahmen über die Köpfe der betroffenen Einrichtungen und der Studierendenschaft hinweg ausgearbeitet wurden.

Die letzte Möglichkeit, diesen wiederholten Schnitt ins eigene Fleisch zu unterbinden, bietet sich in der Verhinderung der entscheidenden Sitzung des Akademischen Senats am 17.12.2014 Treffpunkt pünktlich um 07:30 Uhr auf der AStA-Etage.

# Auswirkungen der drohenden Kürzungen\*

Studiengang/FB	Um was geht's	Maßnahme	Einsparung/ Jahr	Beschreibung & Folgen
Biologie (FB 2)	Zentrum für Humangenetik (ZHG)	Schließung	1.000.000 €	Empfindliche Einschnitte in Lehre Praktika, Seminare und Abschlussarbeiten im Bereich Humangenetik. Schränkt die fachliche Ausrichtung des Studiengangs ein. Abwicklung der Krebsforschung und Diagnostik
Rechtswissenschaft (FB 6)	Zentrum für Europäische Rechtspolitik (ZERP)	Schließung	150.000 €	Laut Direktor Fischer Lescano dramatische „untragbare Folgen“ für Forschung und Lehre im Fachbereich.
(FB 12)	Institut für Technik und Bildung (ITB)	Kürzung	200.000 €	Europaweit anerkanntes und größtes Berufsbildungswerk.
übergreifend	Förderformate der Zentralen Forschungsförderung (ZF)	Kürzung	300.000 €	Die zentrale Förderungseinrichtung ist eine Einrichtung der Universität mit dem Ziel der Nachwuchsförderung im wissenschaftlichen Mittelbau. Wird hier gekürzt leidet auch die Lehre. Kurzfristig gedacht: Die Uni erspart sich jetzt die Zuschüsse durch die Exzellenzinitiative, die nach deren Ablauf wieder auf sie zukommt.
Biologie/Chemie (FB 2) & Produktionstechnik (FB 4)	Zentrum für Umweltforschung und nachhaltige Technologien (UFT)	Kürzung	200.000 €	Offiziell geht es um die Abschaffung von vermeintlichen Doppelstrukturen in den Fachbereichen. Laut UFT-Leitung sollen Mitarbeiter*innentellen und mit ihnen Doktorant*innenstellen eingepart werden. Die Situation der Studis in Seminaren und Laboren würde sich drastisch verschlechtern.
(FB 7), (FB 8) & (Kooperation mit Arbeitnehmerkammer)	Institut Arbeit und Wirtschaft / Zentrum Arbeit und Politik (IAW/ZAP)	Kürzung	250.000 €	Das ZAP ist eine Kooperationseinrichtung mit der Arbeitnehmerkammer. Sie dient hauptsächlich der Erwachsenenbildung und ist zentraler Akteur der Öffnung der Universität zur bremischen Gesellschaft. Das ZAP ermöglicht Menschen „ohne Hochschulzugangsberechtigung“ einen Zugang zur Universität. Kürzung eines Reformrelikts. Kürzung würde die Erwachsenenbildung an sich bedrohen, da sie nicht kostendeckend durchgeführt werden kann. Zudem droht die Aufkündigung der Kooperation mit der Arbeitnehmerkammer. Mit weniger finanziellen Mitteln bzw. dementsprechend weniger Festangestellten müsste sich das IAW auf seine Schwerpunktaufgabe der Forschung konzentrieren und in der Lehre deutliche Abstriche machen.
übergreifend	Zentral veranschlagte Ressourcen reduzieren	Kürzung	400.000 €	In der Haushaltskommission wurde z.B. darunter gefasst: Streichung jeder sechsten studentischen Hilfskraft, große Hörsäle schließen und Heizung ausmachen. Mehrausgaben bei Baumaßnahmen reduzieren, nicht mehr soviel reparieren. Beratung und Dienstleistung der zentralen Verwaltung reduzieren. Nicht mehr soviel 4-Farb-Hochglanz-Broschüren drucken
Geowissenschaften (FB 5), Sozialwissenschaften (FB 8) & Kulturwissenschaften (FB 9)	Doppelstrukturen in den Fachbereichen 5,8,9 abbauen	Kürzung	550.000 €	Es sollen 6-12 vorgeblich doppelt vorhandene Verwaltungsstellen gestrichen werden.

Biologie (FB 2), FB1, FB11	Zentrum für Kognitionswissenschaften (ZKW)	Kürzung	70.000 €	Es sollen vermeintliche Doppelstrukturen der FB1, FB2, FB 12 überprüft und aufgelöst. Laut Institutsleitung geht es um die Verschiebungen von Personal aus dem Institut in den FB2. Dort müssen dann bis 2020 die Personalmittel eingespart werden.
übergreifend	Kompensation von geringfügigen Stundenreduzierungen	Kürzung	50.000 €	
studentische Selbstverwaltung (AStA)	Sonderzusagen des Kanzlers	Kürzung	50.000 €	Seit 1971 existierende Verwaltungsstelle im AStA, zuständig u.a. für kontinuierlichen Wissenstransfer sowie Schnittstelle zwischen Stugen, AStA und Uni zuständig. Reibungsloser, verwaltungstechnischer Ablauf nicht mehr gewährleistet. Der studentischen Selbstverwaltung wird die Arbeitsgrundlage entzogen, sie wird dadurch handlungsunfähig. Ausgleich der Stelle nur durch Anhebung des Semester-Beitrags oder Reduzierung oder Wegfall von Service-Leistung wie BAföG-Beratung, Kfz-Verleih, Kinderland.
übergreifend	Studienangebote überarbeiten, wenig nachgefragte Studiengänge schließen	Schließung	400.000 €	Die Uni will den Studiengang Psychologie aus „haushälterischen Gründen“ (Hochschulpakt) nicht mehr schließen. Denn über dem Hochschulpakt bekommt die Uni vom Bund Geld pro Studi. Psychologie studieren einfach viele. Deswegen sollen Studiengänge mit weniger Studis ausgewählt und geschlossen werden.
übergreifend	„kw“-Vermerke	Kürzung	300.000 €	kw = „künftig wegfallend“. Dies betrifft Wimi und Somi-Stellen, „die nicht mehr benötigt werden“ und deren Kürzung jetzt oder bald „konsequent umgesetzt werden“ sollen.
übergreifend	Überplanmäßige Zuweisungen	Kürzung	100.000 €	
Physik (FB 2)	Landesmessstelle für Radioaktivität (LMR)	Kürzung	100.000 €	Zuständig für die Überwachung radioaktiver Strahlung im Alltag und im Katastrophenfall. Die Uni aber „sei nicht beauftragt“ eine Messstelle zu haben. Daher brauche sie auch keiner. Im Land Bremen zuständig für Lehre und Forschung u.a. für Umweltp Physik.
übergreifend	Zentrale Betriebseinheit Hochschulsport (HOSPO)	Schließung	90.000 €	9000 Leute nutzen das Angebot vom Hochschulsport, täglich 9-22 Uhr. In den Beratungsunterlagen der Haushaltskommission steht „HoSpo wird aufgelöst“, d.h. die Koordinationsstelle und das Angebot für Externe, die durch ihren höheren Beitrag das Programm subventionieren, sollen gestrichen werden. Das restliche Angebot des Programm für Hochschulsport soll vom Verein für Hochschulsport allein aufrecht gehalten werden. Der Verein kann sich nicht vorstellen, wie das bei den Einsparungen, die 40% seines Budgets bedeuten, möglich sein soll. Dies hat katastrophale Auswirkungen.
übergreifend	Kosten für ATZ-Freistellungsphasen	Wegfall	1.500.000 €	Altersteilzeit. Kürzung der ATZ-Kosten bedeute laut Personalrat Wegfall von 20-25 Stellen quer durch die Uni.
		GESAMT	5.710.000	

\*Hier dargestellt sind nur die Maßnahmen, die es in die Beschlussvorlage geschafft haben. Die darüber hinaus gehenden Kürzungsvorschläge, wie z.B. die Zusammenlegung der Fachbereiche 6 und 7 sollen aber weiter diskutiert und verfolgt werden.